

Der politische Pluralismus ist auch ein Bestandteil der Auffassungen vom "demokratischen Sozialismus" rechtssozialdemokratischer "moderner" revisionistischer Prägung. Diese Auffassungen gehen davon aus, daß es nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in den sozialistischen Ländern nunmehr möglich und notwendig sei, zu "mehr" Demokratie zu kommen, wobei "mehr" Demokratie in diesem Fall Pluralismus, also Abschaffung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, bedeutet. Das aber hieße Rückverwandlung der sozialistischen Demokratie in bürgerliche Demokratie, Entmachtung der Werktätigen und deren Beugung unter die Klasseninteressen der Bourgeoisie.

Gegen den demokratischen Zentralismus wenden sich auch die Vertreter technokratischer Staatsauffassungen aus dem imperialistischen Lager. Wird mit dem politischen Pluralismus und dem "demokratischen Sozialismus" vor allem die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, das Klassenwesen des sozialistischen Staates, angegriffen, so greifen technokratische Staatsauffassungen insbesondere das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und der anderen werktätigen Schichten - die Teilnahme der Werktätigen an der Machtausübung - unmittelbar an. Solche technokratischen Auffassungen werden von ihrem Kern her immer in folgender Richtung vertreten: Sowohl in den entwickelten sozialistischen Staaten als auch in den kapitalistischen Ländern wären durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Leitung der Industrie und deren Wechselbeziehungen zu anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens so kompliziert geworden, daß die Werktätigen selbst, aber auch demokratische Einrichtungen, wie Volksvertretungen und Parlamente, nicht mehr in der Lage seien, die notwendigen Entscheidungen zur Entwicklung der Gesellschaft zu treffen. Dazu seien nur Fachleute, also Experten, berufen, die mit angeblich klassenneutralen, wertneutralen, interessenneutralen wissenschaftlichen Methoden den bestehenden Sachzwängen in der staatlichen Leitung Rechnung tragen könnten. Die Forderung aus